

SCHWEIZER

FREISINN

Wir machen die Schweiz stark!



Blinde Polizei? Nicht mit uns!

NEIN zur Chaos-Initiative am 14. Juni

Für eine sichere Schweiz

Warum die Vorlage kein einziges Problem löst

Seiten 4–5

Verwaltungsbremse-Initiative

Die Jungfreisinnigen Schweiz fordern eine Ergänzung zur Schuldenbremse

Seiten 11–12, 14 und in der Beilage

Sicherheit

Ja zum Zivildienstgesetz und einer einsatzfähigen Armee

Seiten 3 und 16–18



Liebe Freisinnige

Der Abstimmungssonntag vom 8. März markiert einen wichtigen Moment für die Schweiz – und für uns Freisinnige. Zwei wichtige Vorlagen haben die Bürgerinnen und Bürger im Sinne einer verantwortungsvollen, zukunftsgerichteten Politik entschieden.

Heiratsstrafe abgeschafft

Mit der Abschaffung der Heiratsstrafe wird ein jahrzehntelanges Anliegen endlich Realität. Das neue Gesetz beseitigt dieses Unrecht und entlastet vor allem den Mittelstand. Arbeit lohnt sich künftig für alle stärker. Es steht der Mitte natürlich frei, diesen Fortschritt nicht anzuerkennen und dennoch an ihrer Initiative festzuhalten – über ein solches Demokratieverständnis wird im Abstimmungskampf zu diskutieren sein.

Neuer Schuldenfonds erfolgreich abgewehrt

Ebenso deutlich haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger den sogenannten Klimafonds abgelehnt. Sie haben erkannt, dass ein milliardenschwerer Schuldenfonds, der an der Schuldenbremse vorbeikonstruiert ist und ohne klare Finanzierung auskommt, keine nachhaltige Klimapolitik garantiert. Verantwortung für Umwelt und Finanzen gehört zusammen – genau dafür steht der Freisinn.

So erfreulich diese Ergebnisse sind, so sehr betrübt uns der Blick auf die geopolitische Lage

und die aktuellen Herausforderungen für unser Land. Die Welt ist unsicherer geworden, und sicherheitspolitische, wirtschaftliche sowie gesellschaftliche Fragen drängen sich mit neuer Wucht auf. Umso unverständlicher ist es, dass Teile der Schweizer Politik notwendige Antworten verweigern.

NEIN zur Chaos-Initiative

Die sogenannte Chaos-Initiative ist ein Paradebeispiel: Sie löst kein Problem, schafft aber viele neue, gefährdet stabile Beziehungen, verlässliche Regeln und eine pragmatische Steuerung der Zuwanderung.

- › Wegfall der Personenfreizügigkeit: Der Zugang zu dringend benötigten Fachkräften würde erschwert. Gesundheitswesen, Tourismus und Landwirtschaft brauchen aber gut ausgebildete Arbeitskräfte.
- › Ende des Zugangs zum Schengen-System: Ohne Datenaustausch droht die Schwächung von Grenzkontrollen und Kriminalitätsbekämpfung.
- › Stillstand des Dublin-Abkommens: Hunderttausende in der EU abgewiesene Wirtschaftsmigranten könnten in der Schweiz erneut in Zweitgesuch stellen.

JA zum Zivildienstgesetz

Gleichzeitig gilt es beim revidierten Zivildienstgesetz die Funktionsfähigkeit unserer Milizarmee zu sichern. Der Zivildienst darf kein Aus-

weichgefäss sein, das systematisch personelle Lücken in der Armee reisst. Ein Ja zum Gesetz bedeutet, Verantwortung für unsere Sicherheit zu übernehmen und die Balance zwischen Armee und Zivildienst wiederherzustellen. Die weitere Aushöhlung der Armeebestände muss ein Ende haben.

Verantwortung wahrnehmen, Blockaden überwinden

Auch bei der Finanzierung der Armee erleben wir Blockaden, die den Dringlichkeiten, die sich unserem Land aktuell stellen, nicht gerecht werden. Wer hier einfach nach neuen Steuern und Abgaben ruft, rüttelt am Fundament des liberalen Erfolgsmodells. Es braucht jetzt Entschlossenheit und den Willen, Verantwortung zu übernehmen und die Prioritäten an den geopolitischen Notwendigkeiten auszurichten. Die Schweiz kann es sich nicht leisten, in entscheidenden Fragen stillzustehen und das Portemonnaie der Bevölkerung im Dreimonatsrhythmus zu belasten. Es muss ein Ruck durch die Politik gehen – im Interesse unseres Landes, unserer Sicherheit und unseres Wohlstands.

Susanne Vincenz-Stauffacher,
Co-Parteipräsidentin und Nationalrätin

Benjamin Mühlemann,
Co-Parteipräsident und Ständerat

Sicherheit gibt es nicht zum Nulltarif –

aber ohne Steuerschock!

Die Weltlage hat sich dramatisch verändert. Vier Jahre nach dem russischen Angriff auf die Ukraine und wenige Monate nach der Kriegseröffnung von USA/Israel gegen das Iranregime ist klar: Die Zeit der Friedensdividende ist vorbei. Unsere Armee wurde über drei Jahrzehnte finanziell ausgehöhlt, während andere Staatsaufgaben massiv ausgebaut wurden. Wir stehen heute vor einer unhaltbaren Situation: Im Ernstfall könnten wir unser Land nicht verteidigen und nur einen Drittel unserer Soldaten voll ausrüsten. Das ist sicherheitspolitisch unverantwortlich.

Trotz dieser finanziellen Durststrecke leistet unsere Armee Herausragendes. Die Ausbildung ist auf Topniveau. Und bei subsidiären Einsätzen zur Unterstützung ziviler Behörden zeigt sich: Keine Armee der Welt arbeitet hier präziser und zuverlässiger als unsere Miliz. Die Soldaten verdienen es, dass wir sie auch modern ausrüsten.

Die grösste technische Baustelle ist derzeit unsere Verwundbarkeit aus der Luft. Gegen moderne Bedrohungen wie Drohnen, Marschflugkörper oder ballistische Raketen haben wir praktisch keine Abwehrmittel. Die aktuelle Armeebotschaft ist hier ein wichtiger Schritt. Doch wir müssen ehrlich sein: Wenn wir von «Dringlichkeit» sprechen, dürfen wir bei der Beschaffung dieser lebenswichtigen Systeme nicht auf ungewisse Steuereinnahmen ab 2028 warten. Wer rechtzeitig bestellen will, braucht sofortige Liquidität für Anzahlungen.

Wie schaffen wir diese Liquidität, ohne die Bürger direkt zur Kasse zu bitten? Als FDP haben wir Wege aufgezeigt. Eine Möglichkeit ist die Schaffung eines Rüstungsfonds, der beispielsweise durch den Teilverkauf von Swisscom-Aktien, durch Umwidmung des Bundesanteils von Nationalbankgewinnen oder der überschüssigen Verrechnungssteuereinnahmen gespeist werden kann. Auch wenn damit etwas Tafelsilber veräussert würde oder die Rückzahlung der Schulden etwas verzögert würde, wäre dies zielführend. Schulden können warten, unsere Verteidigungsfähigkeit

nicht. Zudem sind weitere Einsparungen im Bundeshaushalt nötig. Bei der internationalen Zusammenarbeit (IZA) würde eine Rückführung auf das Niveau von 2014 für 12 Jahre bis zu 10 Milliarden Franken freispielen. Auch bei der Bewirtschaftung des Bundespersonals gibt es Potenzial: Mit der Einführung einer Wachstumsbremse würden neue Stellen nur noch bewilligt, wenn sie durch Effizienzgewinne an anderer Stelle kompensiert werden oder eine zwingende gesetzliche Grundlage dazu vorliegt.

Diese Vorschläge zeigen: Es gibt Alternativen zum «Himmelfahrtskommando» einer reinen Mehrwertsteuererhöhung, die das Volk kaum mittragen wird. Die bundesrätliche Vorlage bietet uns nun die Gelegenheit, im Parlament einen tragfähigen bürgerlichen Kompromiss zu suchen. Dabei müssen sich alle Beteiligten in verantwortbarer Art und Weise bewegen. Ziel muss ein Mix sein, der auf Effizienz und kluger Mittelbeschaffung basiert, statt den Weg des geringsten Widerstandes über das Portemonnaie der Steuerzahler zu wählen.

Wir Liberalen stehen für Verantwortung. Das bedeutet: Ja zu einer starken Armee, aber Nein zu einer Politik, die echte Reformen scheut. Es ist nun an uns im Parlament, eine Lösung zu finden, die sowohl finanzpolitisch solide als auch sicherheitspolitisch wirksam ist. Sicherheit gibt es nicht zum Nulltarif, aber sie darf nicht zum Vorwand für einen ungebremsen Staatsausbau werden.



Ständerat Josef Dittli,
Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission (SiK)

Sagt Nein zur Chaos-Initiative: Peter Spuhler.



NEIN zur Chaos-Initiative

Warum die Vorlage kein einziges Problem löst

Am 14. Juni steht mehr auf dem Spiel, als es auf den ersten Blick scheint. Die 10-Millionen-Initiative ist kein Lösungsansatz, sondern sägt am Ast, auf dem wir sitzen. Wer Verantwortung übernimmt, kann dazu nur Nein sagen.

Am 14. Juni stimmt die Schweiz über die Chaos-Initiative ab. Die SVP will damit die Schweizer Bevölkerung starr bei maximal 10 Millionen deckeln – und verspricht, das sei die Lösung für sämtliche Probleme in der Schweiz. Ungeachtet dessen, dass sie 2014 die Ecopop-Initiative mit dem Argument ablehnte, eine «starre Beschränkung der Zuwanderung» schade der Wirtschaft. Näheres Hinsehen lohnt sich also.

Ja, die Schweiz steht vor Herausforderungen, da gibt es nichts schönzureden: Staus, steigende Mieten, punktuelle Überlastung der Infrastruktur, ein wachsendes Unsicher-

heitsgefühl. Diese Probleme spüren wir alle in unserem Alltag. Aber nein, ein starrer Bevölkerungsdeckel ist keine Lösung.

Initiative fordert Kündigung der Bilateralen mit der EU

Die Initiative würde zentrale Pfeiler unseres Erfolgsmodells untergraben und die bilateralen Verträge samt Personenfreizügigkeit an die Wand fahren. Denn die Initiative fordert glasklar, die Personenfreizügigkeit mit der EU zu kündigen. Das führt automatisch dazu, dass sämtliche bilateralen Verträge mit der EU dahinfallen. Die Bilateralen I würden ausradiert.

Die Schweiz müsste das so wichtige Sicherheitssystem Schengen und im Asylbereich das Dublin-Abkommen aufgeben.

Polizei und Grenzschutz werden blind

Besonders problematisch ist die sicherheitspolitische Dimension. Die Initiative gefährdet die Zusammenarbeit im europäischen Sicherheitsverbund. Ein Wegfall zentraler Instrumente wie des Schengen-Informationssystems würde unsere Polizei und die Grenzschützer faktisch «blind» machen. Der Zugang zu Fahndungsdaten über Gefährder und Kriminelle, den Grenzbeamte oder Polizisten heute in Sekundenbruchteilen von den europäischen Datenbanken abrufen können, wäre eingeschränkt oder ganz weg. Gewalttäter und das organisierte Verbrechen freuen sich, denn ab sofort hätten sie in der Schweiz völlig freie Hand!

Gleichzeitig droht durch den Wegfall bewährter Abkommen eine massive Zunahme von Asylgesuchen. Denn jedes Jahr werden in Europa etwa 400 000 Asylgesuche abgelehnt. Im Dublin-Verfahren kann die Schweiz heute mehr Personen wieder abgeben, als sie aufnehmen muss. Seit 2009 konnte sie über 42 000 Personen wieder zurückschicken – gleich viel wie die Bewohner der Stadt Thun! Mit der Chaos-Initiative wäre das vorbei: Jeder in Europa abgewiesene Asylsuchende könnte in der Schweiz ein neues Gesuch stellen. Bund, Kantone und die Gemeinden wären heillos überfordert. Die Schweiz würde nicht sicherer, sondern verletzlicher und im Asylbereich entbrennt das nackte Chaos.

Niemand will zurück zu Kontingenten

Ein fixer Deckel in der Verfassung liesse sich faktisch nur über ein rigides Kontingentsystem umsetzen. Die Konsequenz: ein Verteilungskampf um Fachkräfte, der alle gegeneinander ausspielt – Stadt gegen Land, Gesundheitswesen gegen Industrie, KMU gegen Grossunternehmen. Gerade die KMU, das Rückgrat unserer Wirtschaft, würden unter einer solchen Kontingentbürokratie besonders leiden. Hunderte neue Beamte, Tausende Verfahren und massive Rechtsunsicherheit wären die Folge.

Die SVP verspricht scheinheilig, es könnten weiterhin jedes Jahr 40 000 Personen in die Schweiz kommen. Doch heute arbeiten

über 50 000 familienfremde Arbeitskräfte auf den Schweizer Bauernhöfen – 70 Prozent davon aus dem EU-Raum. Allein damit wäre das «Kontingent» der SVP also bereits erschöpft. Wer soll zum Zug kommen? Die Landwirte? Die Gastronomie? Die Baubranche?

Dass zentrale Wirtschaftsakteure sowie breite Teile des Gewerbes klar Nein sagen, kommt nicht von ungefähr. Sie wissen, was auf dem Spiel steht. Peter Spuhler, alt Nationalrat der SVP und Patron von Stadler Rail, ist im Gegensatz zu den meisten seiner Parteikollegen ehrlich: Ihm ist die Initiative «zu extrem» und er weiss, dass die Schweiz auf eine gewisse Zuwanderung schlicht angewiesen ist.

SVP hat kein Umsetzungskonzept

Wenig überraschend, drückt sich die SVP vor konkreten Ansagen zur Umsetzung ihrer Initiative. Wird durch die Initiative auch nur eine einzige Wohnung zusätzlich gebaut? Ein Verkehrsengpass beseitigt? Ein Einbruch verhindert? Die ehrliche Antwort lautet: NEIN. Die strukturellen Ursachen – etwa langwierige Bewilligungsverfahren, regulatorische Hürden oder politische Blockaden im Wohnungsbau – bleiben unberührt. Statt Lösungen gibt es Symbolpolitik.

Es gibt wirksamere Ansätze: die bessere Nutzung des inländischen Fachkräftepotenzials, gezielte Qualifizierung, höhere Erwerbsbeteiligung und effizientere Rahmenbedin-

Mehr erfahren:

NEIN zur Chaos-Initiative – FDP.Die Liberalen Schweiz



gungen. Eben hat die FDP mit der Individualbesteuerung für eine Reform gesorgt, mit der mehr einheimische Erwerbstätige in den Arbeitsmarkt kommen.

Nein zum Absägen des eigenen Astes

In einer geopolitisch ohnehin unsicheren Zeit wäre die Annahme der Chaos-Initiative gleichzusetzen mit dem Absägen des Astes, auf dem wir alle sitzen. Die Schweiz lebt von Stabilität, Verlässlichkeit und ihrer engen Einbindung in internationale Strukturen. Das sollten wir nicht leichtfertig aufs Spiel setzen.

Die Chaos-Initiative löst kein einziges der Probleme. Sie verschärft sie vielmehr – wirtschaftlich, sozial und sicherheitspolitisch. Wer Verantwortung übernimmt, kann dieser Vorlage nicht zustimmen. Ein Nein ist kein Ausdruck von Gleichgültigkeit gegenüber bestehenden Herausforderungen, sondern ein Bekenntnis zu wirksamen, realistischen und nachhaltigen Lösungen – so mühsam diese auch errungen werden müssen.

Illustrationen mit Unterstützung von KI erstellt.



Verliert den Durchblick: die Polizei.



Christian Wasserfallen, Nationalrat Bern

Das Technologieverbot muss fallen

Für genügend sauberen und bezahlbaren Strom

Nach intensiver Debatte hat die Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Nationalrates (UREK-N) diese Woche dem indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Jederzeit Strom für alle (Blackout stoppen)» zugestimmt: Das Technologieverbot für Kernkraftwerke soll fallen. Diese Kurskorrektur, die bereits durch den Ständerat ging, unterstütze ich voll und ganz.

Seit 2019 sitze ich in der UREK-N. Damals stand ich einer Aufhebung des Neubauverbots für Kernkraftwerke zurückhaltend gegenüber. Nicht aus technologischen Gründen, sondern weil ich fand: Erst soll die Politik bei den erneuerbaren Energien liefern.

Heute kann ich sagen: Bundesrat und Parlament haben geliefert – etwa mit dem Klima- und Innovationsgesetz, dem Stromgesetz und dem Beschleunigungserlass. Und die Bevölkerung hat dies in verschiedenen Abstimmungen bestätigt. Die Rahmenbedingungen für den Aus- und Zubau der erneuerbaren Energien sind nun gesetzt.

Gleichzeitig müssen wir realistisch einschätzen, wo wir heute stehen. Und zwar sowohl mit Blick auf die Sicherung von genügend und bezahlbarem Strom wie auch hinsichtlich der Netto-Null-Zielsetzung:

- › Die Schweiz wird entgegen früheren Prognosen zukünftig nicht weniger, sondern deutlich mehr Strom benötigen. Laut der ETH steigt der jährliche Bedarf bis 2050 von heute rund 60 auf etwa 90 Terawattstunden.

- › Weiter steigern KI und Rechenzentren den Strombedarf. Gleichzeitig fallen bestehende Kernkraftwerke nach ihrer Laufzeit weg und vergrössern die Versorgungslücke weiter. Kritisch bleiben in erster Linie die Wintermonate.
- › Kommt dazu: Der Ausbau erneuerbarer Energien verläuft langsamer als geplant und erhofft. Dies unter anderem, weil sich Projekte durch den Widerstand links-grün dominierter Verbände verzögern – immer öfter auch unterstützt von der SVP, wenn es um die Windenergie geht bzw. neuerdings punktuell sogar bei der Wasserkraft.

Folglich ist heute nicht garantiert, dass wir die Ziele ausschliesslich mit erneuerbaren Energien erreichen. Für mich heisst das, dass der Zeitpunkt gekommen ist, das Neubauverbot für Kernkraftwerke aufzuheben – als klares Bekenntnis zur Technologieoffenheit. Damit werden nicht morgen die Bagger für den Aushub eines neuen Kernkraftwerks auffahren. Denn der Bau neuer Anlagen benötigt jahrelange Planungs- und Bewilligungsverfahren sowie politische Weichenstellungen durch die Stimmbevölkerung.

Ist damit die Planungssicherheit für erneuerbare Energien infrage gestellt, wie es die Gegner der Aufhebung behaupten? Nein. Für die Investitionstätigkeit ist entscheidend, dass Projekte realisierbar sind. Genau diese Machbarkeit haben wir mit den Reformen deutlich verbessert. Für unsere nachfolgenden Generationen sind jederzeit verfügbarer, bezahlbarer Strom wie auch eine CO₂-neutrale Schweiz zwei entscheidende Grundlagen für Wohlstand und Lebensqualität.

Versorgungssicherheit, Klimaschutz, wirtschaftliche Vernunft und die Verantwortung für die Zukunftsfähigkeit der Schweiz gehören zusammen. Technologieoffenheit ist dafür kein Risiko, sondern unabdingbare Voraussetzung.



Susanne Vincenz-Stauffacher,
Co-Parteipräsidentin und Nationalrätin Kanton St. Gallen

Reden wir Klartext!

Ein starrer Bevölkerungsdeckel löst keine Probleme

Reden wir Klartext: Staus nerven, an einigen Orten ist Wohnraum knapp. Dies belastet die Menschen, und Kriminalität verängstigt viele spürbar – auch mich. Für all diese und weitere Probleme, die zweifelsohne existieren, machen die Initianten der Chaos-Initiative einzig die Zuwanderung verantwortlich. Und sie wollen der Bevölkerung glaubhaft machen, dass ihre neuen Verfassungsartikel die Lösung bringen.

In Tat und Wahrheit löst die Initiative kein einziges Problem. Wer genau hinschaut, erkennt: Das Gegenteil ist der Fall. Die extreme Initiative gefährdet unseren Wohlstand, unsere Gesundheitsversorgung und die Sicherheit in unserem Land.

Ein starrer Bevölkerungsdeckel in der Verfassung liesse sich faktisch nur mit einem Kontin-

gentsystem umsetzen und würde damit einen brutalen Verteilungskampf um Fachkräfte auslösen – zwischen Stadt und Land, zwischen Jung und Alt, zwischen Spitälern, Pflege, KMU und Landwirtschaft. Am Ende würde das die Schweiz nicht ordnen, sondern zerreißen.

Mir kommt es vor, als wollte man ein Feuer mit Benzin löschen. Oder haben die Initianten je erklärt, wie sie ihre Forderungen konkret umsetzen wollen? Wird dank dieser Vorlage auch nur eine einzige Wohnung mehr gebaut, ein Verkehrsengpass beseitigt oder ein Einbruch verhindert? Nein!

Die effektivste (und liberale) Form für das Steuern der Zuwanderung ist das Aktivieren von inländischem Fachkräftepotenzial. Die FDP ist in diesem Bereich sehr aktiv und stets auf

der Suche nach politischen Mehrheiten für ihre Projekte. Diese entstehen allerdings nicht mit dem Bewirtschaften von Ängsten und dem Verbreiten populistischer Parolen, sondern durch harte politische Arbeit. Das erfordert Akribie, Hartnäckigkeit und oft einen langen Schnauf – und ist der Preis der Demokratie, in der wir zum Glück leben dürfen.

Aufgabe der Politik ist es nicht, den Menschen wirkungslose Beruhigungspillen zu verkaufen. Es wäre ein kapitaler Schuss ins eigene Knie, die Personenfreizügigkeit abzuwürgen, dank der unsere Spitäler funktionieren und wir die Leute anstellen können, die unsere Häuser bauen und in der Landwirtschaft die Felder bewirtschaften.

Mitten in der unsichersten Zeit seit dem Zweiten Weltkrieg können wir uns ein derartiges Experiment schlicht nicht leisten. Deshalb steht am 14. Juni enorm viel auf dem Spiel. Lassen wir uns nicht dazu verleiten, die Initiative als einfache Antwort auf komplexe Herausforderungen zu verstehen – oder noch schlimmer: als Mittel, ein Zeichen zu setzen. Wir müssen zusammenhalten und unser Land vor einer zusätzlichen Zerreissprobe bewahren!



Benjamin Mühlemann,
Co-Parteipräsident und Ständerat Glarus

Kennst Du bereits unseren wöchentlichen Newsletter?

Jeden Freitagmorgen erhältst Du von unserem Co-Parteipräsidenten den Wecker-Newsletter zu einem aktuellen Thema, sowie spannende Einblicke in den Alltag unserer FDP-Politiker.

So bleibst Du auch zwischen den Freisinn-Ausgaben stets auf dem Laufenden und verpasst keine FDP-News mehr ❤️

Jetzt Wecker-Newsletter
abonnieren

<https://www.fdp.ch/aktuell/news-anmelden>



Neue Plattform «civic»

Die digitale Heimat liberaler Anliegen

Die direkte Demokratie ist das Herzstück der Schweiz. Doch wer ein politisches Anliegen vorbringen will, steht oft vor einer grossen Frage: Wie erreiche ich genug Menschen? Genau hier setzt civic an.

civic ist eine digitale Plattform für Initiativen, Referenden und Petitionen, die das Erfolgsmodell Schweiz stärken. Sie bietet Privatpersonen, Verbänden und Organisationen kostenlos die Möglichkeit, ihre Anliegen zu lancieren – auf Bundes-, Kantons- oder Gemeindeebene. Der Kompass ist dabei klar: liberale Marktwirtschaft, gesellschaftliche Freiheit und nachhaltiger Wohlstand.

Getragen wird die Plattform vom gemeinnützigen und parteiunabhängigen Verein civic,

den *economiesuisse*, der Schweizerische Arbeitgeberverband und der Schweizerische Gewerbeverband gegründet haben und der vom Schweizerischen Baumeisterverband, *Swissmem* und dem Schweizerischen Versicherungsverband unterstützt wird. Die Plattform steht allen offen, die die Werte von civic teilen – und sie hat bewusst keine eigenen politischen Positionen. Vielfalt ist erwünscht, solange der liberale Grundkonsens gewahrt bleibt.

Ein aktuelles Beispiel zeigt, wie civic funktioniert: Die Jungfreisinnigen haben ihre «Verwaltungsbremse» auf der Plattform aufgeschaltet. Die Volksinitiative will die Personalausgaben des Bundes an den Medianlohn der Bevölkerung koppeln – analog zur bewährten

Schuldenbremse. Ein Mechanismus gegen das schleichende Wachstum der Bundesverwaltung, das Menschen und Unternehmen mit Bürokratie belastet.

Interesse geweckt? Dann lancieren oder unterschreiben Sie jetzt auf civic.ch ein Anliegen – einfach, schnell und kostenlos. Mehr dazu auf unserer Website oder den Social-Media-Kanälen.

Maja Freiermuth,
Geschäftsführerin civic



civic
Wir für das Erfolgsmodell Schweiz.

Demokratisch, rechtsstaatlich, liberal – das ist civic.

civic unterstützt Menschen, die Verantwortung für eine liberale, innovative und wirtschaftlich starke Schweiz übernehmen wollen – mit einer kostenlosen Plattform zur Sammlung von Unterschriften. Ob Initiative, Referendum, Petition oder offener Brief: civic macht politisches Engagement auf allen Ebenen möglich – für alle, die das Erfolgsmodell Schweiz mitgestalten wollen.

Aktuell im Spotlight: Verwaltungsbremse der Jungfreisinnigen

Jetzt unterschreiben! →



Mehr dazu unter civic.ch oder auf unseren Social-Media-Kanälen:

-  www.facebook.com/civicsuisse
-  www.instagram.com/civic.ch
-  www.linkedin.com/company/civicch

Über 100 Frauen und klare Positionen

GV der FDP Frauen Schweiz in Zürich

Die GV der FDP Frauen Schweiz fand dieses Jahr in Zürich statt. Es ging hoch hinaus: Die Veranstaltung begann im «Clouds», dem Restaurant im 35. Stock des Prime Tower, mit einer trotz Morgennebel grossartigen Aussicht über die Stadt Zürich, den See bis in die Alpen hinein. Über 100 Frauen kamen zusammen, darunter auch Ehrengäste wie die ehemalige Präsidentin der FDP Frauen Schweiz und jetzige Co-Präsidentin der FDP Schweiz NR Susanne Vincenz-Stauffacher. Weiter waren auch die Regierungsrätin Carmen Walker Späh vor Ort, die vor einigen Jahren das Präsidium der FDP Frauen innehatte, sowie der Präsident der Zürcher Freisinnigen Filippo Leutenegger, der Fraktionschef der Zürcher Kantonsräte Claudio Zihlmann, der Zürcher Stadtrat Michael Baumer, der Präsident der FDP Stadt Zürich Përparim Avdili sowie der neu gewählte Präsident des Zürcher Jungfreisinns Mikhail Shalaev. Nach der Begrüssung durch die Präsidentin der FDP Frauen Schweiz NR Bettina Balmer

erfolgte eine Ansprache von Fabienne Farner, Präsidentin der FDP Frauen Kanton Zürich, und dann eine kurze Erklärung zur Stadt Zürich von GR Deborah Wettstein, Präsidentin der FDP Frauen Stadt Zürich. Auch Kaffee, Gipfeli und Geselligkeit kamen beim Empfang nicht zu kurz.

An der GV selbst ging es in den Räumlichkeiten von Deloitte nebst den statutarischen Traktanden auch um die Individualbesteuerung und wie die Mitte mit ihrer Initiative umgeht. Die Präsidentin brachte ihr Erstaunen zum Ausdruck, dass die Mitte respektive in diesem Zusammenhang wohl eher die CVP das Wahlergebnis vom 8. März 2026, das auf den Internationalen Frauentag fiel und damit besondere Symbolkraft erhielt, nicht akzeptiert, obwohl dieses mit 54,3% ein klares Bekenntnis der Bevölkerung zur Individualbesteuerung darstellt. Sie gab sich kämpferisch: «Wir sind davon überzeugt, dass auch die Wählerinnen und Wähler wissen, dass ein System nicht zielführend, sondern unsinnig ist, welches auf der

nationalen Ebene ein Vollsplitting oder wahlweise eine Schattenrechnung vorschlägt und auf der kantonalen Ebene individuell besteuert. Ein solches Konstrukt mit zwei verschiedenen Steuersystemen wäre kompliziert, teuer und sehr bürokratisch.» Die FDP-Frauen hätten ihre Ressourcen gerne für neue Herausforderungen gebündelt, sind aber willens, die Mitte-Initiative mit Blick auf die Abstimmung im Herbst 2026 oder Frühling 2027 zu bekämpfen. Weiter hat sich die Geschäftsleitung der FDP Frauen Schweiz einstimmig gegen die Chaos-Initiative ausgesprochen. Sie wird sich auch zukünftig der Schwerpunktthemen «Vereinbarkeit von Beruf und Familie», «Bildung» und «Sicherheit und häusliche Gewalt» sowie der Gründung von weiteren Sektionen annehmen. Zudem wurde Anna Marty einstimmig in die Geschäftsleitung gewählt.

Nach der GV fand ein gemeinsames Essen im «Puls 5» statt, das den urbanen Charakter des diesjährigen Anlasses unterstrich und wo auch nochmals genügend Zeit vorhanden war für eine gegenseitige Vernetzung bei bester Laune der Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Die nächste GV der FDP Frauen Schweiz findet am 22. Mai 2027 in Fribourg statt. Bundesrätin Karin Keller-Sutter hat sich den Termin vorgemerkt. Es freut uns, wenn sie dann als unser prominentestes Mitglied der FDP-Frauen dabei sein wird. An der diesjährigen DV hat unsere Bundesrätin den Frauen folgenden Gedanken mitgegeben:

«Liebe FDP-Frauen,

Nach einer erfolgreichen Volksabstimmung tagt es sich leichter! Ich gratuliere herzlich zu diesem schönen Erfolg bei der Individualbesteuerung, wünsche Ihnen eine gute Versammlung und danke für Ihr Engagement für die liberale Sache.»

Bettina Balmer,
Nationalrätin und Präsidentin
FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz



v.l.n.r.: Mikhail Shalaev, Fabienne Farner, Claudio Zihlmann, Filippo Leutenegger, Bettina Balmer, Carmen Walker Späh, Céline Büchel, Deborah Wettstein, Jonas Projer, Sibylla Stoffel-Hahn, Përparim Avdili, Susanne Vincenz-Stauffacher, Fabiana Margadant



Über 100 Frauen, die bereits Spuren hinterlassen haben: ein herzliches Dankeschön an all unsere Mitglieder. Gemeinsam gehen wir die nächsten Schritte und freuen uns auf alles, was kommt.

FDP Schweiz, mithilfe von KI erstellt.



Radikales Chaos-Experiment

Was droht den Auslandschweizern?

Könnten wir überhaupt noch in die Schweiz zurückwandern, wenn dort schon 10 Millionen wohnen? Auf diese Frage von Landsleuten im Ausland kann ich jeweils beruhigend antworten. Die Gefahren lauern aber bei einer möglichen Kündigung der Personenfreizügigkeit.

Rückkehr ungefährdet

Die Niederlassungsfreiheit für Schweizerinnen und Schweizer ist in der Bundesverfassung Art. 24 geregelt. Eine Rückkehr aus dem Ausland ist jederzeit möglich. Daran würde sich auch bei Annahme der Initiative nichts ändern.

Es ist ohnehin nicht mit einer grossen Rückkehrerwelle zu rechnen, zu stark sind die meisten mit ihrem Wohnland verbunden, oft auch mit doppelter Staatsbürgerschaft. Es gibt allerdings Anzeichen, dass die Zahl der Rückkehrer/innen steigt, sei es durch die verschlechterte Sicherheitslage in Krisenregionen oder eine mangelnde gesundheitliche Versorgung. Das wäre ein Thema für einen nächsten «Freisinn»-Artikel.

Wir wollen keine Zustände wie bei Brexit!

Die Annahme der Chaos-Initiative hätte also keine unmittelbaren Konsequenzen für die Auslandschweizer/innen. Sollte es aber tatsächlich zur Kündigung der Personenfreizügigkeit kommen, sieht es anders aus. Was auf uns zukommen könnte, wissen wir, weil unsere Landsleute im Vereinigten Königreich mit dem Brexit Ende Januar 2020 genau diese Situation schon erlebten. Mit signifikanten Auswirkungen. Damals waren knapp 40 000 Personen betroffen. Diesmal wären es rund eine halbe Million Schweizerinnen und Schweizer, die in EU-Ländern wohnen.

- › Das Aufenthaltsrecht und die Mobilität würden eingeschränkt. Es ist zu hoffen, dass für Schweizer Bürgerinnen und Bürger, die bereits in der EU leben und arbeiten, eine Lösung gefunden würde, dass sie ihren Aufenthaltsstatus behalten können, analog des «settled-status» bei Brexit. Wer neu umsiedeln möchte, müsste aber auf jeden Fall grössere Hürden nehmen.
- › Für binationale Paare brächte der Wegfall der PFZ-Unsicherheiten und bürokratische Komplikationen bei der Familienzusammenführung.
- › Eine Herausforderung wäre die Koordination der Sozialversicherungssysteme. Neue Abkommen über die soziale Sicherheit müssten ausgehandelt werden, ähnlich wie bei Brexit. Damals ging es um ein Abkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich, diesmal um Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU.
- › Die automatische Anerkennung von Berufsqualifikationen würde entfallen, was den Zugang zum Arbeitsmarkt in der EU erschwert, auch umgekehrt natürlich.
- › Vor einer ungewissen Zukunft würden auch die Grenzgänger/innen stehen, die vor allem in den Kantonen Genf (rund 90 000 Personen), Basel-Stadt und Baselland (rund 60 000 Personen) und Tessin (knapp 80 000 Personen) die Wirtschaft am Laufen halten

und einen grossen Anteil des Personals im Gesundheitswesen oder im Detailhandel stellen.

- › Nicht zu unterschätzen ist zudem die Signalwirkung. Die Schweiz geniesst international den Ruf eines offenen, verlässlichen und gut vernetzten Landes. Eine restriktivere Haltung gegenüber Zuwanderung könnte dieses Image beeinträchtigen. Auslandschweizer erleben im Alltag, wie wichtig ein positives Bild ihres Heimatlandes ist – sei es im beruflichen Umfeld oder im gesellschaftlichen Leben.

Die FDP International sagt NEIN

Als Sektion für die Auslandschweizer/innen hat die FDP International ganz klar die NEIN-Parole beschlossen.

Die Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» (Nachhaltigkeits-Initiative) beschäftigt auch die Auslandschweizerorganisation und stand an der Frühlingssitzung des Auslandschweizerzerrats, ihres höchsten Organs, prominent auf der Traktandenliste. Im Hinblick auf die gravierenden Konsequenzen für die Auslandschweizer erfolgte der Aufruf zur Ablehnung der Initiative klar.



Helen Freiermuth,
Präsidentin FDP International

Überparteiliches Komitee lanciert Verwaltungsbremse

Jetzt die Initiative der Jungfreisinnigen unterschreiben!

Am 14. April haben die Jungfreisinnigen Schweiz mit einem überparteilichen Komitee, bestehend aus Vertretern aus FDP, GLP, Mitte und SVP, die Verwaltungsbremse-Initiative lanciert. Die breite Unterstützung unterstreicht einerseits die Notwendigkeit, andererseits aber vielmehr auch die Abstützung des Lösungsansatzes der Initiative.

Diagnose: Verwaltungswachstum ausser Rand und Band

Allein die zentrale Bundesverwaltung schuf zwischen 2010 und 2024 über 5600 zusätzliche Vollzeitstellen. Noch ausgeprägter fiel das Wachstum bei den Ausgaben für Personal, Berater und externe Dienstleistungen aus: Diese stiegen über jene 14 Jahre insgesamt um 32%. Das ist kein gesundes Wachstum mehr – es ist strukturelles Übergewicht.

Dieses Übergewicht untergräbt zentrale Erfolgsfaktoren des Schweizer Modells. Steigende Löhne und neue Stellen entziehen der Privatwirtschaft Fachkräfte und schwächen die Wertschöpfung. Eine politisch getriebene Bürokratie belastet Bürger und Unternehmen zusehends. Weil das Parlament die nötige Korrektur schuldig bleibt, braucht es die Verwaltungsbremse als Impuls von aussen.

Lösung: Die Verwaltungsbremse als Reforminstrument für die Schweiz

Konkret fordert unsere Initiative, dass die Personalausgaben der zentralen und dezentralen Bundesverwaltung (inkl. externer Berater) nicht stärker ansteigen dürfen als der Schweizer Medianlohn. Damit sorgt die Kopplung des Personalkostenwachstums an die Löhne der Bevölkerung dafür, dass der aktuelle Stellenbestand des Bundes erhalten bleibt, während weiteres Stellenwachstum sowie übermässige

ge Lohnerhöhungen faktisch unterbunden werden. Will der Bund neue Stellen schaffen oder die Löhne überproportional erhöhen, müsste er dies an einer anderen Stelle im Personalbudget kompensieren.

Der ETH-Bereich sowie die Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung sind aufgrund ihrer wichtigen Rolle als Schweizer Erfolgsfaktoren von der Verwaltungsbremse ausgenommen. Zur Bewältigung einer Notlage (wie beispielsweise ein Krieg oder eine Naturkatastrophe) kann die Bundesversammlung eine Wachstumsüberschreitung beschliessen.

Erhebliche Wirkung als Ergänzung zur Schuldenbremse

Obwohl die Verwaltungsbremse einzig das Kostenwachstum der Personalausgaben begrenzt, lässt sie nicht an Wirkung vermissen. Dies liegt aber mehr am masslosen Wachstum der Bundesverwaltung und weniger an der Schärfe der Bremse. Konkret: Hätte man die Verwaltungsbremse bereits 2010 eingeführt, wären die Personalausgaben der zentralen Bundesverwaltung bis ins Jahr 2024 anstatt um 32% nur um maximal 17% (Medianlohnwachstum) gewachsen. Zwischen 2010 und 2024 entspricht das einem Potenzial zu vermeidender Mehrausgaben von rund 7 Mrd. Schweizer Franken – mehr als drei Gotthardröhren.

Während die Schuldenbremse heute sicherstellt, dass Einnahmen und Ausgaben im Gleichgewicht bleiben, untersteht das Verwaltungswachstum heute keinem direkten Balanceinstrument. Das ändert die Verwaltungsbremse. Sie sorgt als Ergänzung zur bewährten Schuldenbremse für Gleichgewicht statt Übergewicht.

Wie Sie uns unterstützen

Unterschreiben Sie jetzt und unterstützen Sie unsere Kampagne. Unterschriftenbögen sowie weitere Informationen finden Sie unter www.verwaltungsbremse.ch. Ich danke Ihnen vielmals!



Lucio Sansano,
Präsident Initiativkomitee
Verwaltungsbremse-Initiative

Anleitung zum Ausfüllen des beiliegenden Unterschriftenbogens

Vielen Dank für Deine Unterstützung

8
Hier abtrennen und diesen Teil in den Postbriefkasten werfen

Eidgenössische Volksinitiative «Für ein faires Gleichgewicht zwischen Bundesverwaltung und Bevölkerung (Verwaltungsbremse)»

4
Zwingend alle Felder ausfüllen!

Auf dieser Liste können nur Stimmberechtigte unterzeichnen, die in der genannten politischen Gemeinde in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind. Bürgerinnen und Bürger, die das Begehren unterstützen, müssen es eigenhändig unterzeichnen. Wer bei einer Unterschriftensammlung besticht oder sich bestechen lässt oder wer das Ergebnis einer Unterschriftensammlung für ein Volksbegehren fälscht, wird nach Art. 281 beziehungsweise nach Art. 282 des Schweizer Strafbuches mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe bestraft.

Kanton	Postleitzahl	Politische Gemeinde	Name Eigenhändig und möglichst in Blockschrift	Vornamen Eigenhändig und möglichst in Blockschrift	Geburtsdatum Tag/Monat/Jahr	Wohnadresse Strasse und Hausnummer	Kampagne finanziell unterstützen	Informiert bleiben	Eigenhändige Unterschrift	Kontrollfeld (für Sammler)
Bern	3076	Worb					<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
			Vera	Müller	06.08.97	Neuengasse 20	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	Müller	
							<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		

Senden Sie diese Liste bitte teilweise oder vollständig ausgefüllt sofort an: Allianz Verwaltungsbremse, Postfach 2675, 6210 Sursee
Ablauf der Sammelfrist: 14.10.2027

Das Initiativkomitee, bestehend aus nachstehenden Urheberinnen und Urhebern, ist berechtigt, diese Volksinitiative mit absoluter Mehrheit seiner noch stimmberechtigten Mitglieder zurückzuziehen:
Jonas Lüthy, Postfach 211, 4009 Basel; Lucio Sansano, Arvenweg 17, 4853 Reinsch; Melanie Radtke, Hans-Huberstrasse 38, 4500 Solothurn; Pauline Blanc, Levant 133, 1005 Lausanne; Michael Ueberli, Industriestrasse 65, 8112 Ostfingen; Cyril Aellen, Chemin du Reposoir 32, 1255 Veyrier; Martin Büchler, Raubbühlstrasse 23b, 8600 Dübendorf; Severin Brüngger, Abendstrasse 22, 8200 Schaffhausen; Thierry Burkart, Sollerstrasse 10, 5426 Lengnau; Nico Fankhauser, Dreilüsslerweg 13, 6074 Giswil; Olivier Feller, Route de Lausanne 20F, 1180 Rolle; Diana Gutjahr, Rötistrasse 29c, 8580 Amriswil; Camille Hostettler, Rue du Clos-de-Serrières 10, 2000 Neuchâtel; Roger Huber, Bruchstrasse 35, 8706 Mellen; Camille Jordan, Chemin-veux 13, 1902 Evionnaz; Nicolas Kolby, Chemin du Missely 11, 674 Essert; Karla Lavette, Hoffeld 24, 8057 Zürich; Jo Mosmann, Steingrübweg 11A, 3072 Ostermundigen; Nathan Näf, St. Jodernstrasse 27A, 3050 Yver; Fabio Regazzi, Via del Lupo 1a, 6596 Gordola; Maja Reikler, Lindenweg 38, 5034 Suh; Gregor Rutz, Postfach 470, 8702 Zollikon; Jason Steinhann, Obererfeldweg 25A, 3063 Ittigen; Alessio Vaninetti, Eschenstrasse 4, 9032 Engelburg; Susanne Vincenz-Stauffacher, Flurstrasse 2, 9030 Abtwil; Thomas von Allmen, Wilmsberg 5, 6037 Root; Alessia Wehrli, Via Cargina 14b, 7017 Films-Dorf.

6
Graue Felder nicht ausfüllen!
Die unten stehende Stimmbrechtsbescheinigung wird durch das Initiativkomitee eingeholt.

Die unterzeichnende Antpersone bescheinigt hiermit, dass obenstehende (Anzahl) Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der Volksinitiative stimmberechtigt sind. Die zur Bescheinigung zuständige Antpersone (eigenhändige Unterschrift und amtliche Eigenschaft)		
Ort:	Datum:	Amtsstempel:
Eigenhändige Unterschrift:	Amtliche Eigenschaft:	

7

- Name und Vorname **müssen handschriftlich** vom Unterzeichnenden ausgefüllt werden. Der Sammler darf dies nicht selber ausfüllen (Ausnahme: Schreibbehinderung).
- Das Geburtsdatum muss **handschriftlich** vom Unterzeichnenden ausgefüllt werden: **TT.MM.JJJJ**
- Adresse muss **vollständig** ausgefüllt werden und absolut korrekt sein.
- Kanton** darf abgekürzt werden, **PLZ** muss leserlich sein, **Politische Gemeinde** muss ausgeschrieben werden (z.B. BE ist keine Gemeinde, sondern der Kanton).
Wichtig: Pro Bogen dürfen nur Stimmbürgerinnen und Stimmbürger aus der selben politischen Gemeinde unterzeichnen.
- Nur Bögen mit **handschriftlichen Unterschriften** sind gültig. Unterschreiben dürfen in der Schweiz **stimmberichtigte** Personen ab 18 Jahren, auch Auslandschweizer.
- Optional: Hier können Sie angeben, ob Sie die Kampagne finanziell unterstützen und informiert bleiben möchten.
- Diese Felder werden von den Kontrollorganen der Gemeinden ausgefüllt. **Hier darf nichts hineingeschrieben werden.**
- Trennen Sie den Talon ab und werfen Sie ihn in den nächsten Briefkasten. Dafür ist keine Frankierung nötig. Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!

Folgst Du uns bereits auf unseren Kanälen?

Über unsere Social-Media-Kanäle halten wir Dich jederzeit über die aktuellen Geschehnisse und Entscheidungen aus Bundesbern auf dem Laufenden.



@fdp_schweiz



@fdp.dieliberalen



@fdp_Liberalen



@FDP.Die Liberalen Schweiz



FDP Schweiz unter Kanälen abonnieren



Die Schweizer Verwaltung wächst unaufhörlich – sowohl in der Zahl der Stellen als auch in den Ausgaben. Doch führt dieses Wachstum tatsächlich zu besserem Service für die Bevölkerung oder schafft es eine ineffiziente Bürokratie? Die von den Jungfreisinnigen vorgeschlagene Verwaltungsbremse liefert eine klare Antwort und zwingt uns, die Strukturen und die Effizienz des öffentlichen Sektors grundlegend zu hinterfragen. Sie fordert nicht nur die Verwaltung heraus, sondern stellt auch uns als Gesellschaft vor die Aufgabe, unsere Erwartungen an den Staat und seine Prioritäten kritisch zu überdenken.

Effizienz im öffentlichen Sektor – Innovation statt Wachstum

Die Verwaltung in der Schweiz wächst nicht nur in der Zahl der Stellen, sondern auch in ihren Ausgaben. Doch bleibt die zentrale Frage: Führt dieses Wachstum zu einer besseren Versorgung der Bevölkerung oder resultiert es in einer aufgeblähten Bürokratie, die ihre Effizienz zunehmend verliert?

Für mich als Freisinnige ist die Antwort eindeutig: Es geht nicht um mehr Verwaltung, sondern um mehr Innovation. Verwaltung bedeutet oft Stillstand und Wachstumszwang, während echte Innovation den öffentlichen Sektor effizienter, flexibler und zielgerichteter machen kann. Der Service public hat zweifellos eine zentrale Bedeutung für die Gesellschaft, doch die Verwaltung muss sich ständig der Frage stellen, wie sie ihre Aufgaben effizienter erfüllen kann, ohne sich in bürokratischen Prozessen zu verlieren.

Das Parlament in der Verantwortung

Dem Parlament kommt in dieser Diskussion eine Schlüsselrolle zu. Es ist verantwortlich für die Sicherstellung der Grundversorgung, muss jedoch auch die Effizienz seiner Entscheidungen hinterfragen. Häufig werden neue Aufgaben geschaffen, ohne deren Auswirkungen auf die Verwaltung und die Effizienz zu prüfen. Jede zusätzliche Aufgabe erhöht den Verwaltungsaufwand und gefährdet die Effizienz. Das Parlament muss daher nicht nur die Notwendigkeit neuer Anforderungen, sondern auch deren Auswirkungen auf die Verwaltung abwägen.

Verwaltung für die Zukunft – auch eine Frage der Eigenverantwortung

Auch wir als Gesellschaft müssen unseren Anspruch an den Staat neu definieren. Wir fordern einen Service public, der nicht nur leistungsfähig, sondern auch nachhaltig und zukunftsfähig ist. Doch ebenso wichtig ist es, dass wir uns fragen, was wir wirklich vom Staat benötigen. Effizienz im öffentlichen Sektor kann nur dann erreicht werden, wenn wir als Bürger Verantwortung übernehmen und die Verwaltung entlasten, anstatt von ihr alles zu erwarten.

Die Chance der Verwaltungsbremse – eine zukunftsfähige Verwaltung gestalten

Die Diskussion über die Verwaltungsbremse bietet eine bedeutende Gelegenheit, darüber nachzudenken, wie der Service public effizienter, nachhaltiger und zukunftsfähiger gestaltet werden kann.

Die Verwaltungsbremse setzt den Fokus auf die Effizienz der Verwaltung und fordert uns he-

raus, die Strukturen des öffentlichen Sektors neu zu denken. Durch die Koppelung der Personalausgaben an das Wachstum des Medianlohns sollen die Ausgaben für Bundespersonal im Einklang mit der allgemeinen Lohnentwicklung begrenzt werden. Dies ermöglicht nicht nur eine Begrenzung des Stellenwachstums, sondern verhindert auch übermässige Lohn erhöhungen.

Ich freue mich auf die Gelegenheit, die Strukturen des öffentlichen Sektors im politischen Diskurs neu zu denken und unsere Erwartungen an den Staat kritisch zu hinterfragen. Es ist an der Zeit, einen Konsens zu finden und den Service public so zu gestalten, dass er den Anforderungen der kommenden Generationen gerecht wird. Die Debatte eröffnet die Möglichkeit, innovative Lösungen zu entwickeln und die Zusammenarbeit zwischen Parlament, Verwaltung und Gesellschaft zu stärken, um eine zukunftsfähige und leistungsstarke Verwaltung zu schaffen. Davon bin ich fest überzeugt.



Simone Richner,
Präsidentin FDP Service Public

Parolenspiegel

Nationale Abstimmungen vom 14. Juni 2026

Stimmzettel für die Volksabstimmung vom 14. Juni 2026

	Antwort
Wollen Sie die Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz (Nachhaltigkeitsinitiative)» annehmen?	NEIN

Stimmzettel für die Volksabstimmung vom 14. Juni 2026

	Antwort
Wollen Sie die Änderung vom 26. September 2025 des Bundesgesetzes über den zivilen Ersatzdienst (Zivildienstgesetz, ZDG) annehmen?	JA

«Wir wären ohne Schengen schlichtweg blind»

NEIN zur Chaos-Initiative am 14. Juni

Alexander Ott war 36 Jahre lang Chef der Fremdenpolizei Bern. Er ist Experte in Migrationsfragen, Menschenhandel und Strukturkriminalität sowie Co-Präsident des Verbands Schweizerischer Einwohnerdienste. Im Interview erklärt Ott, welche Auswirkungen die Chaos-Initiative auf die innere Sicherheit der Schweiz hätte.

Herr Ott, Sie haben 36 Jahre bei der Fremdenpolizei gearbeitet. Ist Migration etwas Gutes oder etwas Schlechtes?

Migration ist weder noch. Migration ist einfach eine Tatsache. Die einen verwerfen die Hände, weil sie Migration grundsätzlich für etwas Schlechtes halten. Die anderen haben den Hang, Migration zu glorifizieren. Beide Sichtweisen muss man korrigieren.

Sie warnen vor der sogenannten Chaos-Initiative, welche die Bevölkerung in der Schweiz bei 10 Millionen deckeln will. Warum?

Mir scheint das Risiko zu hoch, dass diese Initiative die bilateralen Verträge gefährdet und die Schweiz vom Schengener Abkommen ausgeschlossen würde. Bei internationalen Fahndungen ist aber gerade dieser Austausch unserer Sicherheitskräfte mit der europäischen Datenbank absolut zentral.

Was würde ein Wegfall von Schengen konkret bedeuten?

Ohne das Schengener Informationssystem (SIS) wäre die Schweizer Polizei schlicht blind. Es ist Dreh- und Angelpunkt in der täglichen Fahndungsarbeit, allein 2024 gelangen den Schweizer Behörden damit über 21 000 Fahndungstreffer, rund 55 pro Tag! Ohne den automatisierten Datenaustausch müssten wir wieder per Telefon, Funk oder Fax fahnden – das wäre ein Rückschritt in die polizeiliche Steinzeit. Gewalttäter und das organisierte Verbrechen hätten leichtes Spiel, und die Kontrollen

der Grenzwahe wären viel mühsamer und langwieriger – mit entsprechendem Chaos an den Grenzübergängen.

Können Sie das an einem Beispiel verdeutlichen?

Ein echtes Beispiel aus der Ostschweiz: Eine besorgte Mutter meldete sich bei der Polizei, der Expartner habe das gemeinsame Kind entführt. Noch vor Mitternacht ging die Suchmeldung via SIS europaweit raus. Keine 90 Minuten später kontrollierten deutsche Grenzbeamte ein Auto und hatten den Treffer im System. Weniger als sechs Stunden nach dem Notruf hatte die Mutter ihr Kind wieder in den Armen. Ohne SIS wäre ein solches Happy End kaum mehr möglich.

Welche Rolle spielt die internationale Zusammenarbeit bei organisierter Kriminalität?

Nehmen wir ein Beispiel aus dem Menschenhandel: Ermittler wissen, dass junge Frauen aus Osteuropa nach Zürich geflogen werden. Dank der Vernetzung mit europäischen Datenbanken können wir die Täter und ihre Buchungsmuster gezielt ins Visier nehmen. Wir können feststellen, ob ein Täter in den vergangenen Monaten bereits mit anderen potenziellen Opfern auf der gleichen Strecke unterwegs war. Nur dank diesen raschen, vernetzten Informationen können wir weitere Opfer identifizieren und sie aus dem Menschenhändlerring befreien. Ohne diese Informationsquelle wären wir auch beim Menschenhandel wirklich blind.



Alexander Ott, Co-Präsident Verband Schweizerischer Einwohnerdienste

Welche Auswirkungen hätte ein Alleingang der Schweiz im Asylbereich?

Ein Alleingang würde das Ende der Zusammenarbeit im Rahmen von Dublin bedeuten. Das brächte viel mehr direkte Asylgesuche in der Schweiz und würde das System an die Belastungsgrenze bringen. Das bindet Ressourcen bei den Asylbehörden und belastet massiv die Polizeiarbeit in unseren Kantonen und Gemeinden. Genau diese Polizistinnen und Polizisten fehlen uns dann bei der Kriminalitätsprävention auf der Strasse und der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit im Alltag.

Sie stimmen also Nein zur Chaos-Initiative am 14. Juni?

Ich mache eine Risikoabwägung. In der aktuellen fragilen Weltlage wäre das Verlieren eines zentralen Fahndungsregisters zentral, denn wir erhalten in der polizeilichen Zusammenarbeit viel mehr Daten, als wir liefern. Ich bin überzeugt, dass die Schweiz ohne Schengen und Dublin unsicherer wäre.



Michael Schoy,
Leiter Kampagnen FDP Schweiz

Sicherheit ist kein Nice-to-have

Warum die Zivildienst-Revision überfällig ist

Die schleichende Erosion unserer Dienstpflicht gefährdet die Einsatzfähigkeit von Armee und Zivilschutz. Die Revision des Zivildienstgesetzes ist deshalb eine notwendige Korrektur zur Sicherung unserer Verteidigungsfähigkeit.

Die Weltlage hat sich drastisch verändert. Der Ukrainekrieg hat die europäische Friedensordnung erschüttert und das Zeitalter der «Friedensdividende» jäh beendet. Während unsere Nachbarn massiv in ihre Verteidigungsfähigkeit investieren, verharrt die Schweiz im Dornröschenschlaf. Eines der drängendsten Probleme dieser sicherheitspolitischen Naivität: der personelle Aderlass unserer Armee.

Vom Ausnahmedienst zur bequemen Alternative

Der Zivildienst war als Ausnahme für echte Gewissenskonflikte gedacht, ist heute jedoch zur faktischen Wahlfreiheit verkommen. Die Zahlen sind eindeutig: Seit der Abschaffung der Gewissensprüfung 2009 explodierten die Zulassungen von 1632 auf über 7200 im Jahr 2025. Der zeitliche Faktor 1,5 reicht als Korrektiv längst nicht mehr aus, da die längere Dienstdauer durch massive Privilegien wettgemacht wird. Geregelter Arbeitszeiten, freie Wochenenden und das Schlafen im eigenen Bett machen den Zivildienst zur komfortablen Ausweichmöglichkeit gegenüber der anstrengenden Dienstpflicht in der Armee.

Systemfehler begünstigt Opportunismus

In den letzten 15 Jahren haben sich nicht die Überzeugungen dieser Männer geändert, sondern das System: Es setzt Fehlanreize und lädt

zu Missbrauch ein. Wenn junge Männer erst bei steigender militärischer Belastung oder lockenden Karriereplänen in den Zivildienst wechseln, ist dies kein Gewissensentscheid, sondern Opportunismus. Diese Entwicklung gefährdet unser Milizsystem. Die Dienstpflicht darf kein Wunschkonzert sein, während Tausende Kameraden unter grosser Belastung den Kernauftrag für unsere Sicherheit erfüllen. Bundesrat und Parlament korrigieren nun diese Schwachstelle.

Zivildienst als Reservoir für Billiglohnkräfte

Es ist schwer zu erklären, wenn kerngesunde Männer Kopierarbeiten verrichten oder Pausenaufsichten machen, während sie in der Armee oder im Zivilschutz als Fachkräfte fehlen. Der Zivildienst ist zum Reservoir für billige Hilfskräfte verkommen. Die Behauptung, «Zivis» linderten den Fachkräftemangel, ist eine Illusion – sie ersetzen keine diplomierten Fachpersonen. Es ist fahrlässig, strukturelle Löcher im Sozialwesen zulasten der Landesverteidigung zu stopfen. Wenn im Ernstfall Cyberspezialisten oder Drohnenpiloten fehlen, nützt ihr vorheriger Einsatz in Museen wenig.

Wehrgerechtigkeit stärken

Nachdem die Zulassungen um 400 % explodiert sind, will die Vorlage eine moderate Reduktion um rund 40 %. Wer einen glaubhaften Gewis-

senskonflikt hat, dem steht der Ersatzdienst weiterhin offen. Es geht lediglich darum, das System für Opportunisten unattraktiver zu machen und die Wehrgerechtigkeit wiederherzustellen. Es ist eine Frage der Fairness gegenüber jenen Tausenden Milizsoldaten, die ihren Dienst pflichtbewusst leisten, während andere bisher den Weg des geringsten Widerstands wählen konnten.

Ein Ja für eine sichere Schweiz

Sicherheit ist das Fundament unseres Wohlstands, doch es gibt sie nicht zum Nulltarif. Am 14. Juni entscheiden wir darüber, ob wir unsere Armee und damit unsere Sicherheit ernst nehmen. Die Revision des Zivildienstgesetzes ist die längst überfällige Korrektur eines Systemfehlers. Sie sichert die Bestände unserer Armee und führt den Zivildienst zu seinem ursprünglichen Zweck zurück.



Heinz Theiler,
Nationalrat Kanton Schwyz

Schutz und Sicherheit für die Schweiz.

14.
Juni

Blatten, 2025

Foto: VBS/DDPS – Gian-Luca Weidinger

JA

zum revidierten
Zivildienstgesetz

zivildienstgesetz-ja.ch

Armee nicht weiter aushöhlen: Eine funktionierende Armee ist zentral für die Sicherheit der Schweiz. Zu viele Wechsel in den Zivildienst schwächen ihre Bestände.

Starke Einsatzkräfte für Sicherheit und Krisen: Militär und Zivilschutz sind zentral bei Konflikten und Katastrophen. Es braucht eine Revision, um das dringend nötige Personal zu sichern.

Mehr Fairness dank klaren Regeln für alle: Der Zivildienst wird wieder zur Ausnahme für Männer mit echten Gewissenskonflikten.

Achtung, Jobkiller!

Nein zur Konzernverantwortungsinitiative 2.0

Linke, Grüne und NGOs blasen einmal mehr zum Angriff auf Schweizer Firmen. Unter dem Titel «Konzernverantwortung» fordern sie noch mehr Vorschriften, noch mehr Berichte und noch mehr Kontrollen. Das Letzte, was unser Land derzeit braucht, sind neue Regulierungen zulasten der KMU und grösseren Betriebe.

Die FDP hat früh und unmissverständlich Stellung bezogen: gegen die Neuauflage der Konzernverantwortungsinitiative – und gegen den überflüssigen Gegenvorschlag des Bundesrats. Was links-grüne Kreise gerne als gute Tat verkaufen, ist in Wahrheit nur eines: ein massiver Wettbewerbsnachteil für unser Land. Mit der Initiative würde die Schweiz ihren Firmen im Alleingang zusätzliche Fesseln anlegen – ausgerechnet jetzt.

Realitätsfremd und aus der Zeit gefallen

Die Zahl der Konkurse steigt seit Jahren. Gerade letztes Jahr musste der Bund einen neuen

Negativrekord vermelden – über 17 000 Schweizer Firmen gaben auf. Besonders betroffen sind kleine und mittlere Unternehmen. Mit dieser Initiative giessen Linke und NGOs zusätzlich Öl ins Feuer und gefährden unzählige Arbeitsplätze. Ein Blick nach Deutschland genügt, um zu verstehen, was eine falsche Wirtschaftspolitik in ert kürzester Zeit anrichten kann.

Es braucht keinen Gegenvorschlag

Wenig nachvollziehbar ist auch die Haltung des Bundesrats. Statt Hürden abzubauen und die Unternehmen zu entlasten, kommt er den Initianten mit einem Gegenvorschlag entgegen.

Dieser mag zwar harmloser klingen, führt jedoch in dieselbe falsche Richtung: mehr Regulierung, höhere Kosten und eine geringere Wettbewerbsfähigkeit.

Dabei sollte gerade der Bundesrat wissen, dass der Werkplatz Schweiz nicht nur wegen hoher Energiepreise oder der Politik des US-Präsidenten unter Druck steht, sondern auch aufgrund der aktuellen Innenpolitik. Mitte-Links will den Mittelstand und die KMU gleich mehrfach belasten mit ihren Vorschlägen, die Lohnabgaben wie auch die Mehrwertsteuer zu erhöhen, um die die IV-Probleme zu kaschieren oder die AHV zu finanzieren. Und sie haben noch nicht genug: Bereits jetzt treiben sie weitere Vorhaben wie eine zusätzliche IV-Rente und ein weiterer AHV-Ausbau in trauter Partnerschaft voran.

In einer solchen Konstellation braucht es keine neuen Gesetze, die den Werkplatz Schweiz zusätzlich schwächen. Die FDP macht hier nicht mit und lehnt sowohl die Initiative als auch den Gegenvorschlag entschieden ab.

Der Werkplatz Schweiz steht unter Druck und der Mittelstand und die KMU sollen mit immer mehr Steuern belastet werden. Wir sagen NEIN zu neuen Steuern. Engagiere Dich jetzt mit uns gegen immer neue Steuern. Für einen Staat, der unser Land vor Bedrohungen schützt statt immer mehr Geld zu verteilen.



Jetzt Petition
unterzeichnen



<https://kampagne.fdp.ch/kampagne/steuer-stopp/>



Matia Demarmels,
Kommunikationschef FDP Schweiz



I want my money back

Die zentralen Dossiers der Frühjahrssession 2026

Und sie bewegt sich doch! Nach jahrelangem hartem Einsatz ist die Heiratsstrafe endlich Geschichte. Die ehemalige CVP gibt sich als schlechter Verlierer und will ihren aussichtslosen Kampf gegen die Individualbesteuerung noch nicht aufgeben. Doch nicht nur in diesem Dossier ist die Mitte immer weniger bürgerlich.

Mitte-Links will Arbeitnehmer massiv belasten

Die Debatte um die Finanzierung der 13. AHV-Rente ging in die nächste Runde. Am vorletzten Tag der Session diskutierte der Ständerat wieder über die Frage, wie die 13. AHV-Rente finanziert werden soll. Die Mitte-Links-Mehrheit drückte massive Mehrbelastungen zulasten des arbeitenden Mittelstandes durch den Rat. Ergänzt werden sollen diese durch eine zünfti-

ge Mehrwertsteuererhöhung, die die Kaufkraft aller schwächt. Seien Sie versichert: Die FDP wird bei einer solchen Lösung nicht mitmachen. Wir schützen die Löhne und sagen klar: Keine neuen Steuern und Abgaben!

Note: Ungenügend!

Das «Entlastungspaket 27» zur Entlastung des Bundeshaushaltes wurde im parlamentarischen Prozess derart zusammengestrichen,

dass von einer echten Entlastung kaum mehr die Rede sein kann: Hatte die Expertengruppe Gaillard ursprünglich Entlastungen von 3,9 Milliarden Franken vorgeschlagen, bleiben jetzt noch rund 1,4 Milliarden Franken pro Jahr. Dabei schlug die vom Bundesrat eingesetzte Expertengruppe nicht einmal echte Einsparungen vor. Das Entlastungspaket hätte einzig das Tempo etwas gemässigt, mit dem die Bundesausgaben jedes Jahr wachsen.

Mit Ausnahme der FDP ist offensichtlich keine der grossen Parteien bereit, jetzt endlich Prioritäten zu setzen. Das Geldverteilen in Bundesbern auf Kosten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler geht damit munter weiter. Da macht die FDP nicht mit. Wir werden jede neue Steuer entschieden bekämpfen. Der Bund muss endlich lernen, Prioritäten zu setzen.

Doch statt auf die anderen Parteien zu warten, haben wir bereits ein neues Entlastungspaket lanciert, das «Entlastungspaket 29». Der Fokus liegt dabei auf der Erhöhung des Spardruckes, denn: Den mit Abstand grössten Posten im Bundeshaushalt, den Sozialstaat, hat sich bisher noch niemand anzufassen getraut. Obwohl er unendlich wächst. Auf Kosten unserer Sicherheit. Das muss aufhören!

Politisches Seilziehen um einen Gegenentwurf zur Pro-Putin-Initiative

Es war eigentlich bereits eine abgeschlossene Sache. Die Pro-Putin-Initiative (auch Neutralitätsinitiative) sollte ohne Gegenvorschlag vor das Volk kommen. Der Nationalrat hatte sich klar hierfür ausgesprochen. Doch der Ständerat brachte einen Gegenentwurf nochmals in die Diskussion – allein durch den Stichtentscheid des Präsidenten. So ging das Pingpong der Räte weiter. Der Nationalrat und die FDP blieben jedoch bis zum Ende klar: ein Gegenvorschlag ist nicht zielführend. Somit gingen je 13 Repräsentanten beider Räte in die Einigungs-

konferenz, in der sich schlussendlich die Position der FDP durchsetzte.

Fakt ist: Die lebendige, bewaffnete Neutralität der Schweiz ist heute bedroht. Die Pro-Putin-Initiative würde es dem Bundesrat verbieten, auf Verletzungen des Völkerrechts zu reagieren. Während die Initianten zwar behaupten, sie wollen die neutrale Vermittlerrolle der Schweiz schützen, handelt es sich dabei nur um einen Vorwand. Unsere Neutralität ist heute weltweit anerkannt, die Initiative ist also unnötig. Sie würde uns einzig verbieten, Sanktionen gegen kriegsführende Staaten zu ergreifen – und somit Autokraten und Kriegstreiber unterstützen.

Das Volk wird voraussichtlich im kommenden Herbst an der Urne über die Pro-Putin-Initiative entscheiden.

Sicherheit im Fokus

Die negativen Schlagzeilen häufen sich: Gewaltbereite Chaoten ziehen durch Quartiere, greifen Polizisten an und hinterlassen ein Bild der Verwüstung. Sie unterwandern friedliche

Kundgebungen und hinterlassen Millionen-schäden. Die ausserordentliche Session «Sicherheit» drehte sich unter anderem um die Frage, wie die Schweiz auf solche Entwicklungen reagieren soll. Die FDP konnte zwei wichtige Erfolge einfahren:

So stimmte der Nationalrat einer Motion unserer Sicherheitspolitikerin Jacqueline de Quattro zu, die stärkere Kontrollen von gewalttätig-extremistischen Personen durch den Nachrichtendienst forderte. Ein weiterer Durchbruch gelang unserem NR Christian Wasserfallen: Er forderte, Chaoten und Krauwallmacher nach Gewaltexzessen bis zu 48 Stunden in Haft zu nehmen. Diese Erfolge sind nicht zuletzt den vielen zu verdanken, die die FDP-Petition «Schluss mit Chaos» unterzeichnet und entschlossenes Handeln der Politik eingefordert haben.

«Jetzt Petition für ein konsequenteres Vorgehen gegen gewalttätige Chaoten unterzeichnen»



Christian Steiner,
ehem. Fraktionssekretär



**SICHERHEIT..
SCHWÄCHEN?**

NEIN



**ZUR
CHAOS-INITIATIVE**

CHAOSINITIATIVE-NEIN.CH

FÜR EINE SICHERE SCHWEIZ.

FDP
Die Liberalen

FDP
Die Liberalen

“

Die Chaos-Initiative macht die Schweiz zum blinden Fleck für europaweit gesuchte Kriminelle. Das lehne ich entschieden ab.

Petra Gössi
Ständerätin

”



CHAOS-INITIATIVE NEIN 14. JUNI

FDP
Die Liberalen

“

Kriminalität bekämpft man mit internationaler Zusammenarbeit – nicht mit Isolation. Deshalb lehne ich die Chaos-Initiative entschieden ab.

Maja Riniker
Nationalrätin

”



CHAOS-INITIATIVE NEIN 14. JUNI

FDP
Die Liberalen

“

Der drohende Rauswurf aus dem Dublin-Asylabkommen bedeutet, dass über 300'000 in der EU abgewiesene Asylbewerber in der Schweiz nochmals ein Gesuch stellen können. Wir wollen kein Asylmagnet werden. **Nein zum Eigengoa!**

Christian Wasserfallen
Nationalrat

”



CHAOS-INITIATIVE NEIN 14. JUNI

FDP
Die Liberalen

“

Ich will die Schweiz nicht zum Magnet für alle Asylanten in Europa machen. Ich sage **NEIN zur Chaos-Initiative!**

Hans Wicki
Ständerat

”



CHAOS-INITIATIVE NEIN 14. JUNI

Wie sichert die Schweiz ihre Stromversorgung im Winter?

Der Stromverbrauch in der kalten und dunklen Jahreszeit wird bis 2050 steigen. Gleichzeitig wird die Produktion abnehmen. Die gute Nachricht: Eine verlässliche, emissionsarme und bezahlbare Stromversorgung ist möglich – mit einer klugen Kombination mehrerer Technologien!

Die Axpo Energy Reports zeigen zwei realistische Szenarien auf:

Szenario 1

Ein ausgewogener Mix aus Wasserkraft, mehr Solar, deutlich mehr Windkraft sowie einigen marktaktiven Gaskraftwerken als flexible Ergänzung. Dazu der Langzeitbetrieb der bestehenden Kernkraftwerke.

Szenario 2

Die Schweiz entscheidet sich für zwei neue Kernkraftwerke. Diese koexistieren mit den anderen Technologien: Wasserkraft, mehr Solar, mehr Windkraft sowie marktaktiven Gaskraftwerken.

Scannen Sie hier den QR-Code für die vollständigen Reports:



Erfahren Sie mehr und diskutieren Sie mit.

Unabhängig davon, welchen Weg die Schweiz letztlich einschlägt, lohnen sich auf jeden Fall vier konkrete Massnahmen:

- ✓ Bestehende Kernkraftwerke möglichst lange laufen lassen. Das ist die günstigste Art und Weise, der Schweiz Zeit für den Ausbau zu verschaffen.
- ✓ Das Fördersystem mehr auf Winterstrom ausrichten.
- ✓ Den Ausbau der Windkraft beschleunigen.
- ✓ Voraussetzungen für Gaskraftwerke schaffen.

Faktenbasiert. Ideologiefrei. Transparent.

Die Axpo Energy Reports sind ein fundierter Beitrag zur Schweizer Energiedebatte. Erstellt wurden sie von über 50 Expertinnen und Experten aus allen Axpo-Geschäftsbereichen, gemeinsam mit der ETH Zürich und dem Paul-Scherrer-Institut. Für alle, die sich informieren und sich in die Diskussion einbringen wollen.